

**KEINER DARF VERLOREN GEHEN!**  
Ausbildungsplatzgarantie - Vorbild Österreich?

**22. März 2021, 14.00 Uhr – 16.00 Uhr**

Aktuell haben es die Betriebe schwer. Durch die Corona-Krise stehen sie teilweise vor dem aus, müssen sich aber gleichzeitig für die Zukunft aufstellen. Dies sorgt dafür, dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt sehr angespannt ist. Ein Vorschlag zur Lösung ist das Österreichische Modell. Doch was macht unser Nachbar anders als wir? Und was können wir von ihnen lernen?

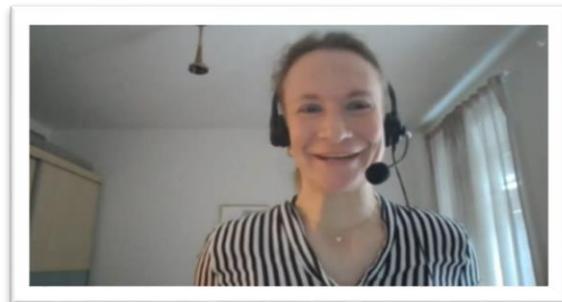


**Ute Neumann (Mitte)**

Um das Österreichische Modell besser zu verstehen und zu diskutieren, lud DGB- Niedersachsen, DGB-Jugend, Arbeit und Leben Niedersachsen, das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung, IG Metall Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, sowie das Niedersächsische Kultusministerium, am 22. März 2021, zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „KEINER DARF VERLOREN GEHEN!

Ausbildungsplatzgarantie - Vorbild Österreich?“ ein. Zu Beginn der Veranstaltung wurden das Publikum und das Podium von **Ute Neumann**, DGB-Bezirksjugendsekretärin, begrüßt. In ihrer Einleitung machte Neumann auf den Ist-Zustand in Niedersachsen aufmerksam. Sie betonte, dass aktuell nur 90,4 Ausbildungsplätze auf 100 Bewerber\_innen entfallen und 7400 Ausbildungsverträge weniger als vor Jahresfrist abgeschlossen wurden.

Nach der Einführung von Neumann wurde zu **Sonja Schmöckel**, vom Österreichischen Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend, geschaltet. Sie begann ihren Vortrag mit einem Vergleich zwischen Österreich und Deutschland, unter der Betrachtung der Ausbildungssysteme. In beiden Ländern ist es möglich eine voll schulische oder duale Ausbildung zu beginnen. Auch hat die berufliche Ausbildung in beiden Ländern einen hohen Stellenwert, um auf den Arbeitsmarkt zu bestehen. Zudem haben beide eine Schul- bzw. Ausbildungspflicht bis zum 18. Lebensjahr. Dies soll garantieren, dass niemand aus dem Bildungssystem fällt. Die Unterschiede bestehen z.B. in der Struktur des Bildungssystem, welches in Österreich weniger föderalistisch ist.



**Sonja Schmöckel**

Auch gibt es Fördersysteme für ausbildende Unternehmen, damit wird der Anreiz geschaffen, Auszubildende aufzunehmen. In Österreich gibt es jedoch bis zum 25. Lebensjahr eine Ausbildungsgarantie, die durch eine überbetriebliche Ausbildung sichergestellt wird. Voraussetzung dafür ist, dass der Jugendliche/junge Mensch sich beim Arbeitsmarktservice (AMS), dem österreichischen Pendant zu Bundesagentur für Arbeit, als lehrstellensuchend meldet und keine über den Pflichtschulabschluss hinausgehende Ausbildung hat.

Daraufhin erläuterte Schmöckel, wie die überbetriebliche Ausbildung im Detail ausgestaltet ist. Dabei gibt es 2 Versionen. Als Grundgerüst dient hier ein Träger. Dieser wird nach einer Ausschreibung ausgewählt und arbeitet mit den Berufsschulen zusammen. Beim ersten Typ gibt es neben dem Grundgerüst betriebliche Praktika. Der zweite Typ beinhaltet einen festen Kooperationsbetrieb. Welche überbetriebliche Ausbildung die Jugendlichen bekommen, hängt zum einen von persönlichen Interessen, aber auch dem regionalen Lehrstellenmarkt, der Einschätzung des AMS, dem Träger und den Sozialpartnern ab. Österreich schafft es auf diese Weise, 165 Lehrberufe von ca. 200 abzudecken.

Vor dem Beginn der überbetrieblichen Lehrausbildung besuchen die Jugendlichen einen 10wöchigen Vorbereitungskurs. Die meisten Berufe die dort vorgestellt werden, sind den Jugendlichen oftmals nicht bekannt und einige verlassen danach bereits die überbetriebliche Ausbildung, berichtete Schmöckel aus ihrer Erfahrung. Auch werde dieser Kurs genutzt, schulisches Wissen weiter zu vertiefen und einen Partnerbetrieb zu finden. Damit ist auch ein Bewerbungcoaching verbunden. Nach diesem Kurs beginnt die eigentliche Ausbildung. Die Klassen in den Berufsschulen seien dabei oft gemischt mit Jugendlichen aus der betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildung. Den Schlüssel des Erfolgs sieht Schmöckel, in einer intensiven pädagogischen Betreuung der Jugendlichen.

Dadurch könnten viele bereits nach dem ersten Jahr in eine betriebliche Ausbildung wechseln. Dies ist das erklärte Ziel der Ministeriums: Die Auszubildenden sollen in eine betriebliche Ausbildung vermittelt werden. Die überbetriebliche Ausbildung soll also nicht die betriebliche ersetzen. Frau Schmöckel betonte den Vermittlungsfokus, der zu jeder Zeit wichtig sei und der auch gesetzlich verankert ist. Als nächstes widmete Sie sich den Punkt der Inanspruchnahme und der Kosten. So werden in Österreich 8,8% der Lehrlinge überbetrieblich ausgebildet, in absoluten Zahlen sind das 10.000 pro Jahr. Dieser Wert ist seit Jahren konstant. Die Kosten, die dabei durchschnittlich entstehen, belaufen sich auf 13.000 Euro pro Platz pro Jahr. Die Finanzierung erfolgt geteilt: 90% zahlt das AMS, die restlichen 10% werden von den Ländern gestemmt. Dabei stammen die Mittel aus dem Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Schließlich wurde auch die Erfolgsquote betrachtet: So konnten 2018 82% der Jugendlichen, die am Ende der Lehrzeit waren, eine Lehrabschlussprüfung erfolgreich absolvieren. Die Quote bei der betrieblichen Ausbildung liegt bei 92%. Schmöckel betonte hier noch einmal, dass diese Zahlen sehr gut sein, da Jugendliche in einer überbetrieblichen Ausbildung oftmals die schwächeren der Gesellschaft sind. Auch probiere man die Abbruchquote, die aktuell bei 32% liege, kontinuierlich zu senken, da ungelernete Menschen es auf den Arbeitsmarkt viel schwerer haben.

Als letzten Punkt des Vortrages wurden die Auswirkungen der Corona-Pandemie betrachtet. Das Angebot von Lehrstellen insgesamt gehe zurück. Im Vergleich zum Februar im Vorjahr stellte Frau Schmöckel fest, dass es einen Anstieg der Lehrstellensuchenden um 7,4% gab. Dieser Anstieg wurde bewältigt, indem die Kapazitäten von überbetrieblichen Ausbildungen um 30% erhöht wurden. Vor allem die Ausbildungsplatzgarantie, verbunden mit der Ausbildungsprämie, haben den Rückgang der Lehrverhältnisse gebremst, erklärte Schmöckel. Große Herausforderungen sieht Sie für Neubewerber\_innen, da diese aufgrund der Pandemie viel weniger an Berufsorientierungsprogrammen teilnehmen konnten. Zusammen mit den Altbewerber\_innen

entsteht dabei eine größere Konkurrenz auf dem Ausbildungsmarkt, die auch dazu führen könne, dass später Fachkräfte fehlen.

Nach dem Vortrag wurde von Ute Neumann in die Diskussion eingeleitet. Dabei wurde anfangs diskutiert, ob dieses System auch in Deutschland denkbar sei. Frau **Ute Schwiegerhausen**, Geschäftsführerin des Unternehmerverbandes Handwerk e.V., betonte dass auch in Deutschland Angebote vorhanden seien für Heranwachsende mit Schwierigkeiten auf den Ausbildungsmarkt. Sie befürwortet eine Nachschärfung der Maßnahmen. Vor allem wurde die Wichtigkeit des „Bündnisses duale Berufsausbildung“ herausgestellt. Hier erfolgt eine intensive Begleitung der Jugendlichen, die neben Jugendberufsagenturen oder modernen Berufsbildenden Schulen, sehr wichtig seien. So könnten Kompetenzfeststellungsverfahren Jugendlichen helfen ihre Fähigkeiten realistisch einzuschätzen. Hinzu komme hier aber auch, ein marktgerechtes Angebot zu schaffen, bei gleichzeitiger Berücksichtigung der individuellen Wünsche.

Die Frage der Übertragbarkeit des österreichischen Systems wurde auch an Herrn **Thorsten Gröger**, Leiter des IG Metall-Bezirks Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, weitergegeben. Er befürwortete jedoch eine Verbesserung des bestehenden Systems. Vor allem sollten Unternehmen, die nicht ausbilden, stärker in die Pflicht genommen werden, Zudem müsse in Unternehmen Realismus einkehren. Nicht jeder könne immer die oder den besten Bewerber\_in haben. Dieser Wandel sei nötig, da wenn nicht alle mitgenommen werden, es letztlich zu einem Fachkräftemangel komme.



**Thorsten Gröger**

Vor allem bestehe der Unterschied zwischen Deutschland und Österreich in der gesetzlichen Verankerung des Ganzen beim Nachbarn. Dem gegenüber stehen in Deutschland Selbstverpflichtungen, so **Johannes Pfeiffer**, Vorsitzender der Geschäftsführung, Regionaldirektion Niedersachsen Bundesagentur für Arbeit. Eine Umsetzung der österreichischen Verfahrensweise sei aber aufgrund der starken regionalen Disparitäten in Deutschland sehr schwierig. Zustimmung fand der Punkt der intensiven Betreuung der Auszubildenden. Potential sieht er in Bündnissen zwischen Staat, Arbeitgeber\_innen und Arbeitnehmer\_innen. Diese Bündnisse sollten die duale Betriebliche Ausbildung stärken und bewerben, die später dann die Fachkräfte sichern, so Pfeiffer. Die außerbetriebliche Ausbildung sieht er, wie in Österreich, als Auffangbecken, da jeder der heute nicht ausgebildet werde, später fehle.



**Johannes Pfeiffer**



**Kultusminister Grant Hendrik Tonne**

Anschließend erfolgte ein Interview mit **Kultusminister Grant Hendrik Tonne**. Die Situation in Niedersachsen sei sehr speziell, so Tonne: Neben der Corona Krise wird es durch einen 13. Schuljahrgang aktuell zu mehr Konkurrenz kommen. Durch das „Bündnis duale Ausbildung“ und den Ausbildungspakt, der weiterhin Gelder erhalte, habe Niedersachsen schon frühzeitig steuernd eingegriffen. Außerdem seien die Jugendberufsagenturen ein wichtiges Instrument um den Übergang

zwischen Schule und Arbeitswelt zu schaffen. Dies werde immer schwieriger, da die Ausbildungen inhaltlich viel Anspruchsvoller werden.

Auf die Frage, ob eine Garantie geben solle, sprach sich Minister Tonne für einen Konsens aus. Er sehe, dass es für die Betriebe eine Kraftanstrengung sei, auszubilden, gleichzeitig sei aber eine Person ohne Ausbildungsplatz eine zu viel. Klare und starke Appelle in Richtung der Unternehmen seien die Lösung.

Auch der Livestream-Chat konnte Fragen stellen. Unter anderem wurde gefragt, wie der Umgang mit Behinderten in der Arbeitswelt gestaltet werden solle. Vor allem sei es hier laut Minister Tonne wichtig, passgenaue Lösungen zu finden und nicht alle behinderten Menschen pauschal in einer Werkstatt unterzubringen.

Das Fazit wurde von **Herrn Dr. Mehrdad Payandeh**, Vorsitzender DGB Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt, gezogen. Die Pandemie sei ein Beschleuniger. Kleine Betriebe hätten immer mehr Schwierigkeiten, Ausbildungsplätze zu stellen. Eine Garantie könne als Botschaft des „Nicht- Vergessen-Werdens“ gesehen werden. Des Weiteren müsse der Rückgang der Anzahl der Auszubildenden gestoppt werden. Privilegien für Unternehmen, die selbst ausbilden, könnten helfen.



Dr.Mehrdad Payandeh